

Sudetendeutsche Post



Erscheinungsort Linz
Verlagspostamt 4020 Linz
Einzelpreis S. 5.—

P. b. b.

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 22

Wien — Linz, 19. November 1981

27. Jahrgang

Breschnjew kommt

VON WOLFGANG SPERNER

Ein Manifest der Sudetendeutschen

**Sudetendeutsches Zentrum geplant,
besonderes Augenmerk für die Jugendarbeit**

Ein Manifest verabschiedete die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SLÖ) in Wien. Darin wird unter anderem festgehalten:

● Daß die Sudetendeutschen in Österreich die Unterstützung von Bund und Ländern bei der Errichtung eines sudetendeutschen Zentrums und einer sudetendeutschen Stiftung erwarten. Außer diesen Erträgen soll die Erhaltung altösterreichischer Kultur zur Bereicherung des österreichischen Volkslebens gesichert werden.

● Die Behandlung der Geschichte der Sudetendeutschen in den Geschichtsbüchern an den österreichischen Schulen wird weiter Aufgabe der Aufklärungsarbeit bleiben.

● Die stärkere Behandlung der sudetendeutschen Probleme im ORF und in den Massenmedien wird angestrebt. Es wird bedauert, daß die Massenmedien am Wohlverhalten der Sudetendeutschen wenig Sensationelles oder Beachtenswertes finden.

● Besonderes Augenmerk wendet die SLÖ

der jungen Generation der Sudetendeutschen zu, daß diese gemeinsam mit der älteren Generation alle Bestrebungen um ein vereintes Europa unterstützt.

● Die Hauptaufgabe der SLÖ, der österreichischen Bevölkerung nahezubringen, daß die Anliegen der Sudetendeutschen allgemein menschliche sind und auch sie betreffen.

(Dazu auch: Bericht des Bundesobmannes auf Seite 2.)

Geben USA das Prager Gold an CSSR zurück?

Neues Abkommen geschlossen, doch USA stellen Bedingungen

Zwischen der Tschechoslowakei und den Vereinigten Staaten ist ein neues Abkommen über die Rückgabe des tschechoslowakischen Goldes und über die Entschädigung des in der Tschechoslowakei nationalisierten amerikanischen Eigentums geschlossen worden. Einem ersten Abkommen hatte der amerikanische Senat 1974 die Zustimmung verweigert, da er die damals als Nationalisierungsentschädigung festgesetzten 20,5 Millionen Dollar als absolut ungenügend betrachtete. Auch das jetzt abgeschlossene Abkommen dürfte einige Klippen zu passieren haben. Von amerikanischer Seite wird offen eingeräumt, die Zustimmung des Senats könnte sehr wesentlich vom allgemeinen Wohlverhalten der Tschechoslowakei abhängen.

Die gegenwärtige scharfmacherische Agitation Prags gegen Polen und die teilweise Behinderung des Transitverkehrs von Westeuropa nach Polen eröffne schlechte Perspektiven. Die Tschechoslowakei selber, so verlautet aus westlichen Kreisen, habe die Tragweite der Verhandlungen zu erweitern versucht, indem sie der Regelung der Gold- und Entschädigungsfrage mit den Vereinigten Staaten die Wirkung einer allgemeinen Normalisierung ihres Verhältnisses zur westlichen Außenwelt verleihen wollte. Es sei unter anderem auch um die Reaktivierung der tschechoslowakischen Mitgliedschaft im Gatt gegangen.

Die 18,5 Tonnen Gold, welche die Tschechoslowakei zurückhaben möchte, werden von einer Alliierten-Kommission verwaltet, der neben den

Vereinigten Staaten auch Großbritannien und Frankreich angehören und die einstimmig beschließen muß. Es handelt sich um sogenanntes „Raubgold“, das nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands als Entschädigung für die von der Besatzungsmacht in Prag geraubten tschechoslowakischen Goldbestände diesem Land nach Kriegsende zugeteilt worden war. Präsident Truman hatte dann den Transfer des jetzt zur Debatte stehenden Teiles dieses Goldes verhindert, weil die Tschechoslowakei nach 1948 für das nationalisierte amerikanische Eigentum keine Entschädigung zahlen wollte. Der im jetzigen Abkommen festgelegte Entschädigungsbetrag ist nicht bekannt, doch dürfte er erheblich über demjenigen des ersten Abkommens liegen.

Was dieser Tage der Sicherheitsberater von US-Präsident Reagan, Richard Allen, in einem Zeitungsinterview zur Situation um den Nordatlantikpakt (NATO) feststellte, ist nicht, wie man glauben würde, der Propagandakiste der Sowjets entnommen, es ist dies die bittere amerikanische Reaktion auf die Entwicklung der letzten Zeit im Rahmen der NATO-Staaten Europas. Richard Allen warnte vor einer Spaltung der NATO und drohte damit, dann würden sich die Amerikaner aus Europa zurückziehen.

Ursache zu dieser amerikanischen Haltung gibt es mehrfach. Zum einen hat Präsident Reagans Erklärung von einer möglichen Stationierung amerikanischer Neutronenwaffen in Europa zu einer „Friedenswelle“ beachtlichen Ausmaßes geführt und US-Außenminister Haig heizte dieses Klima noch auf durch seine Feststellung von einem Atom-Warnschuß für den Fall eines Krieges in Europa, was Präsident Reagan sogar bestätigte. Schließlich mag hier auch die innenpolitische Entwicklung in manchen NATO-Staaten Europas mitspielen: Italien ist stark von Kommunisten durchsetzt, Frankreich holte sich sogar kommunistische Minister als Lauscher bei NATO-Beschlüssen in die Regierung, Griechenland will abspringen und die Bonner Regierung verhält sich in ihrer Ostpolitik verdächtig weich gegenüber Moskau.

Was nun die Entspannungspolitik anlangt, so muß man sich bei der beiderseitigen Aufrüstung mit europäischen Raketenwaffen fragen, weshalb nur in Frankfurt oder Hamburg demonstriert wird. Von Friedensaufmärschen in Prag, Ost-Berlin oder Moskau ist nichts zu hören.

Moskau könnte indes nichts Besseres passieren, als daß sich das ewig zerstrittene Europa neutralisiert und daß Europa es in seiner Friedenswelle tatsächlich soweit bringt, daß die Amerikaner noch mehr Truppen als bisher abziehen. So verlockend freilich eine waffenfreie Welt wäre, solange eine Seite nicht mitmacht, wird Entwarnung zu einem Vakuum, das die andere Seite unweigerlich anzieht. Über all dem schwebt der Ende November bevorstehende Besuch von Sowjetchef Breschnjew in Bonn. Wird Breschnjew die Bonner Regierung noch mehr „finlandisieren“ und die NATO noch stärker spalten? Selbst US-Präsident Reagan scheint Zweifel an der US-Treue Bonns zu haben. Sein im Fernsehen beteuertes „unverbrüchliches“ Vertrauen zu einem amerikatreuen Europa hatte einen Unterton, der den Zweifel an dem Glauben der USA an einem echten Partner Europa geradezu zu bestärken scheint.

Nun auch ein Buch zur TV-Serie über das Thema „Flucht und Vertreibung“

Nach der Anfang des Jahres gesendeten dreiteiligen Fernsehdokumentation „Flucht und Vertreibung“ von Eva Berthold und Jost von Murr, die bisher 3000 Briefe von Zuschauern und Betroffenen auslöste, ist nun (im Athenäum-Verlag) das Buch zur Fernsehserie unter dem Titel „Geflohen und Vertrieben“ erschienen.

Bei der Vorstellung in München, bei der auch Ausschnitte der Fernsehserie gezeigt wurden, erklärte der Herausgeber, Chefredakteur Rudolf Mühlfnz vom Bayerischen Rundfunk, das Entstehen des Buches wie der Fernsehdokumentation erst 35 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges damit, daß dieses Thema bislang in Deutschland praktisch tabu war. Zur historischen Wirklichkeit gehörten die Verbrechen der Schergen Hitlers ebenso wie das ganze Ausmaß an Grausamkeit und Leid, das für Millionen Deutsche mit der Vertreibung verbunden war.

gleichsam bis zum jüngsten Tag in Sack und Asche gehen zu müssen.

Es sei nicht die Absicht des Buches oder der Fernsehserie gewesen, anzuklagen oder Schuld gegen Schuld aufzurechnen, betonte Mühlfnz. Vielmehr wollten die Autoren zeigen, wie es war. Erwartetermaßen habe allerdings Radio Moskau noch vor der Ausstrahlung von „kalten Kriegern“

gesprochen. Gültiger habe sich dagegen der aus der Sowjetunion ausgebürgerte Schriftsteller und ehemalige Offizier der Roten Armee, Lew Kopelew, in einer Diskussion im österreichischen Fernsehen über die Serie geäußert: „Die Wahrheit kann niemals Revanchismus sein.“ — Das Buch kann bezogen werden beim Fides-Buchversand, 8000 München 2, Postfach 20 21 23.

Aus dem Inhalt:

In Rumänien gärt es
(Seite 2)

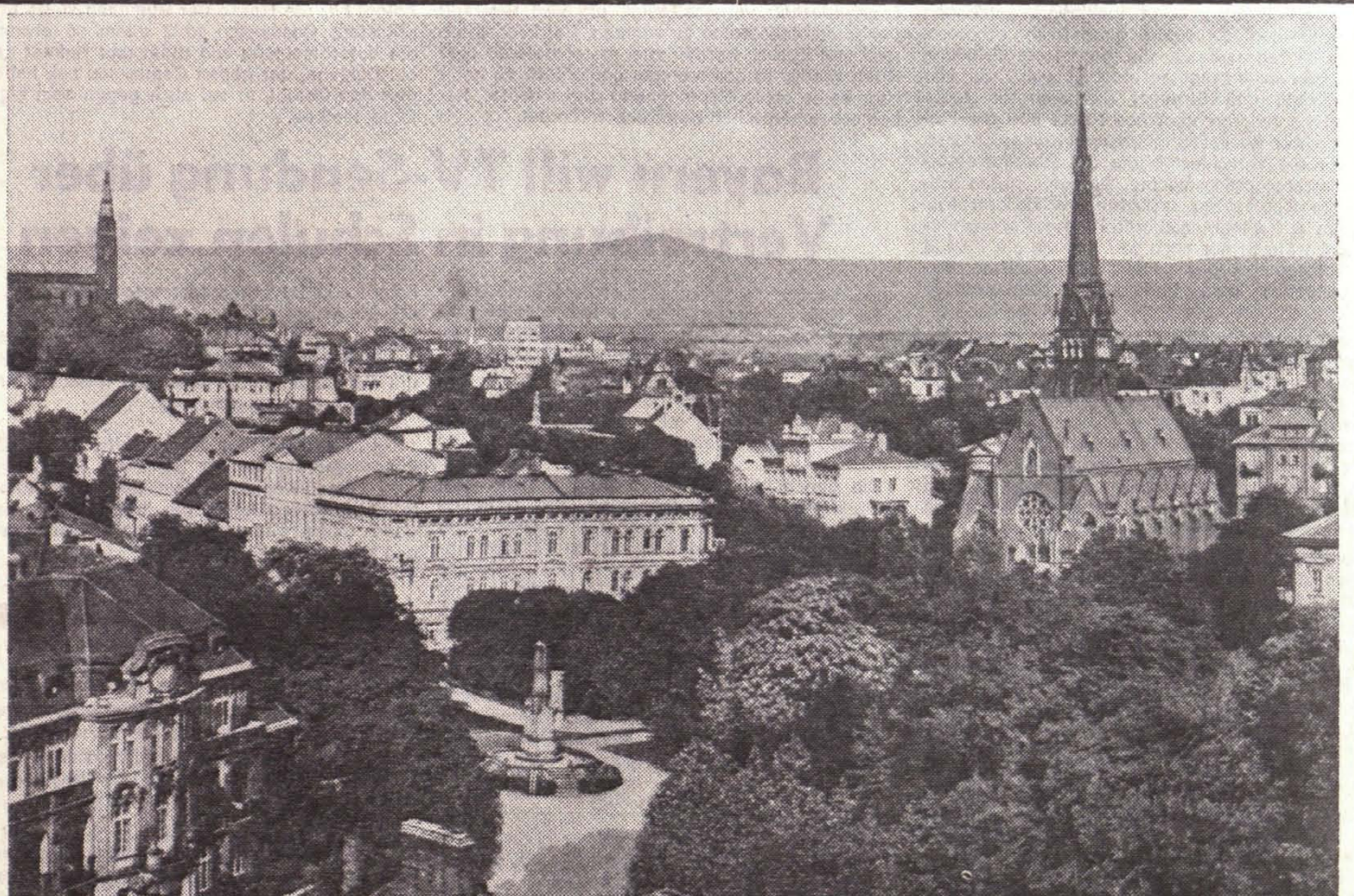
Gerstner-Medaillen verliehen
(Seite 2)

Kapitzer Heimattreffen in Linz
(Seite 4)

Gedenken an Vinzenz Prießnitz
(Seite 5)

Im Vorwort zu dem aus alliierten Filmen reich bebilderten Band schreibt Mühlfnz, daß die Erinnerung an die gewaltsame Vertreibung von 14 Millionen Deutschen vielleicht nicht ins Konzept einer Entspannungspolitik passe, die auch er um keinen Preis gestört sehen wolle. Inzwischen zeige diese Entspannungspolitik aber tiefe Risse: Afghanistan und Polen seien die letzten Zeichen dafür. Entspannung sei auch ein Begriff geworden, der dafür herhalten müsse, um den einen die Macht zu sichern und den anderen das schlechte Gewissen auf alle Zeiten einzupflanzen.

„Es ist aber weder das unantastbare Privileg einiger Nationen, aus ihrer Geschichte die düsteren Kapitel herauszustreichen, noch ist es das unabänderliche Schicksal der Deutschen,



Das schöne Bild der Heimat...

Teplitz-Schönau/Nordböhmen
Kurort — Steinbad und Kuranlagen

